

## **Zum Potsdamer Abkommen**

Von RA Prof. Dr. jur. habil. Erich Buchholz

Seine Voraussetzungen und Entstehungsbedingungen; maßgeblicher Inhalt und sein Schicksal.

Aus persönlicher Sicht eines Juristen.

Obwohl das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 unmittelbar Regelungen für Europa betraf, besitzt es nach wie vor eine enorme welthistorische Bedeutung, Es wurde von Stalin (für die UdSSR), Truman (für die USA, anstelle von Roosevelt) und Attlee (für Churchill für das Vereinigte Königreich) unterzeichnet. Frankreich und China wurden eingeladen, sich diesem Abkommen anzuschließen.

Nach der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution von 1917 war und bleibt dieses Abkommen das bedeutendste Ereignis des 20. Jahrhunderts.

In sachlichem und zeitlichem Zusammenhang mit diesem wurden wenige Monate nach dessen Unterzeichnung - am 24. Oktober 1945 die Vereinten Nationen, die UNO, gegründet, die unbeschadet vieler Probleme, Schwächen und Unvollkommenheiten über 65 Jahre einen nicht zu übersehenden Einfluss auf das Weltgeschehen nehmen konnte. Nicht zufällig wurden die Unterzeichner des Potsdamer Abkommens – ergänzt durch Frankreich und das gegenüber dem militaristischen Japan siegreich gebliebene China – die Gründungs- und Signatarmächte der UNO und demgemäß ständige Mitglieder ihres Sicherheitsrates (Art. 23 der UN-Charta).

In der jüngeren Zeit erfuhr dieses Abkommen in Medien und im Schrifttum völlig zu Unrecht geringere Aufmerksamkeit.

Aus Anlass der 65. Wiederkehr des Datums der Unterzeichnung dieses Abkommens seien einige Aspekte dieses Abkommens, insbesondere seines Zustandekommens, seines Inhalts und seines Schicksal angesprochen.

Da dieses Abkommen – mit seiner Vorgeschichte, seinem Inhalt und seinem Schicksal - mit meinem Leben unmittelbar verbunden ist, kann ich nicht umhin, persönliche Eindrücke und Erfahrungen einfließen zu lassen.

Dank der politischen Aufklärung durch meinen Vater und zunehmend aufgrund eigener Erlebnisse gehörte ich im Mai 1945 zu den wenigen Deutschen, die in der Niederschlagung des Hitler-Faschismus nicht eine Niederlage, sondern eine Befreiung von dieser Verbrecherbande erlebte.

Das Potsdamer Abkommen las ich erstmals im August 1945 an einer Litfasssäule in Berlin. Die anderen Leute blickten schweigsam und mit finsterem Gesicht – erinnerten sie sich an den Versailler Vertrag<sup>1</sup>? Ich war hoffnungsvoll. Angesichts der Greuel und Verbrechen, die im Namen des Deutsche Volkes über Millionen Menschen gebracht worden waren, erschien mir dieses Abkommen eine Wohltat.

Auch erinnerte ich mich daran, dass die Nazis uns, um unsern Kampfesmut zu stärken, über den Morgenthau-Plan unterrichtet hatten, der wegen der von Deutschland aus begangenen Verbrechen – als gerechte Strafe - vorsah, Deutschland zu zerstückeln und das deutsche Volk letztlich auszurotten – durch Kastration der Männer.

Nachdem ich dieses Abkommen gelesen hatte, durfte ich hoffen, am Aufbau eines demokratischen antifaschistischen friedliebenden Deutschlands mitarbeiten und später mit einer eigenen Familie mein Leben führen zu können.<sup>2</sup>

### ***Voraussetzungen und Entstehungsbedingungen***

Dieses historische völkerrechtliche Abkommen konnte nur zustande kommen, weil und nachdem der Hitler-Faschismus, besonders dank der letztendlich entscheidenden großen Blutopfer der Soldaten der Roten Armee, militärisch zerschlagen war und sich am 8. Mai 1945 in Berlin-Karlshorst einer bedingungslosen Kapitulation sowie der Besetzung ganz Deutschlands durch die Alliierten Truppen unterwerfen musste.

Eine deutsche Regierung oder Staatsgewalt gab es nicht mehr.

Deshalb übernahmen die Alliierten – wie im Dokument unter III festgelegt - gemeinsam „durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der USA, des Vereinigten Königreichs (UK), der UdSSR und der Französischen Republik die „höchste Regierungsgewalt in Deutschland“. Ergänzt durch den Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte hatten diese am 5. Juni 1945 in Berlin-Wendenschloss die Oberste Regierungsgewalt in Deutschland übernommen.<sup>3</sup>

Wie kam es dazu?

---

<sup>1</sup> Der deutsch-französische Krieg wie der Erste Weltkrieg endeten mit „Verträgen“, die eher einem Unterwerfungsdiktat glichen und deshalb den Keim zu einem neuen Krieg in sich trugen. (Lenin bezeichnete den Versailler Vertrag als Diktat.... Aus revanchistischen Gründen machten sich die Nazis diese weit verbreitet Auffassung für ihre verbrecherischen Zwecke zu nutzen.

<sup>2</sup> Darauf wird im folgenden Abschnitt zurückzukommen sein.

<sup>3</sup> So in der von Eisenhower, Montgomery . Shukow und Lattre de Tassigny unterzeichneten „Berliner Erklärung“.

Meist wird das Potsdamer Abkommen – völkerrechtlich – im Zusammenhang mit der Konferenz in Teheran mit der Drei-Mächte-Erklärung vom 1.12.1943 und der Krim-Konferenz in Jalta vom 3.bis 11.Februar 1945 gesehen, zumal das Potsdamer Abkommen – nach der nun erzielten vollständigen militärischen Niederschlagung Hitler-Deutschlands - ausdrücklich auf die Umsetzung der Erklärung von Jalta<sup>4</sup> gerichtet ist.

Indessen darf nicht übersehen werden, dass der Verlauf des Krieges gegen Hitlerdeutschland ausschlaggebend dafür wurde, dass die drei Mächte sich zur Verabschiedung eines solchen Dokuments zusammenfinden konnten.

Vergessen wir nicht:

Zunächst hatten die Westmächte Hitlers der Kriegsvorbereitung dienende Expansionspolitik (Anschluss Österreichs, Okkupation der Sudetengebiete, Zerschlagung und Unterwerfung der Tschechoslowakei aufgrund des mit Mussolini ausgemachten Münchener Abkommens; Anschluss des Memelgebietes) aufgrund ihres Antikommunismus toleriert, wenn nicht gar ermutigt.

Nach dem völkerrechtswidrigen Überfall auf Polen am 1. September 1939 erklärten zwar England und Frankreich Hitlerdeutschland den Krieg – nur pro forma. Denn es gab weder effektive politische Aktionen oder Hilfeleistungen für Polen, noch militärische Handlungen. An der Maginot-Linie bzw. dem Westwall fand über viele Monate ein „seltsamer Krieg“ statt, d .h. Frankreich ließ Hitlerdeutschland in Ruhe.

Selbst als die „Wehrmacht“ Dänemark und Norwegen, bis hinauf nach Narvik im April/Juni 1940 okkupierte und der Feldzug zur Niederwerfung Frankreichs durch die neutralen Länder Niederlande und Belgien stattfand und mit dem Waffenstillstandsvertrag von Compiègne schloss, blieben maßgebliche militärische Handlungen der Westmächte – abgesehen von der Bombardierung deutscher Städte und Industriestandorte – aus.

Für uns deutsche Antifaschisten, die wir aus „Feindsendern“ etwas erfuhren, war das unvorstellbar.

---

<sup>4</sup> Diese enthält über die Niederwerfung Deutschlands und seine Besetzung und Kontrolle hinaus weitere gemeinsame Unternehmungen, wie die Einberufung einer Konferenz der Vereinten Nationen für den 25. April 1945 nach San Francisco, Wiedergutmachung durch Deutschland, das befreite Europa, Polen und Jugoslawien; dazu gehörte, die angestrebte Zusammenarbeit der Außenminister der Drei Mächte und die Bekräftigung ihrer Einigkeit im Frieden wie im Kriege.

Als die Hitlerwehrmacht, die sich in aller Ruhe und vor den Augen der Welt auf den Überfall auf die Sowjetunion hatte vorbereiten können, dann am 22. Juni 1941 mit erheblichen Anfangserfolgen dort einmarschierte, reagierte der Westen kaum.

Von Churchill sind mir solche Worte in Erinnerung: „Wir wollen sehen, wer von beiden – Hitler und Stalin - stärker ist. Dem Schwächeren werden wir dann beistehen, damit sich beide gegenseitig auffressen.“

Als indessen die Rote Armee, unterstützt von den Völkern der Sowjetunion,<sup>5</sup> zunehmend erfolgreicher Widerstand leistete, als Moskau standhaft blieb, sodass die von Hitler zum Jahreswechsel 1941/42 geplante Siegesparade auf dem Roten Platz ausfiel, auch Leningrad sich nicht nur nicht ergab, sondern einer Blockade von zweieinhalb Jahre standhielt und die Hitlertruppen Ende 1942 vor Stalingrad ins Stocken gerieten, begann sich die politische Landschaft in der Welt zu verändern. Stalingrad brach Hitler das Genick. Hunderttausenden Partisanen gelang es, im Hinterland der Nazis immer erfolgreicher zu werden. Die Panzerschlacht bei Kursk im Juli 1943 brachte **die** Wende im Kriegsverlauf.

Erst jetzt, im Dezember 1943 trafen sich in Teheran erstmalig Repräsentanten der Westmächte mit Stalin, nachdem – was oft vergessen wird - auf Drängen Stalins in Moskau eine Konferenz der Außenminister der Drei Mächte zustande gebracht worden war

Dazu hatten auch die in allen Ländern, auch den der späteren westlichen Alliierten, nicht zuletzt aufgrund der Erfolge der Roten Armee unübersehbar gewordenen Forderungen von Antifaschisten beigetragen, mit der SU zusammenzuarbeiten.

Wir deutschen Antifaschisten hofften zunehmend auf die auch uns versprochene „Zweite Front“. Die Landung US-amerikanischer und britischer Truppen in Süditalien erschien uns eine Art verträglicher „Ersatzhandlung“

Als die Rote Armee dann Anfang 1944 die Reichsgrenze überschritten hatte, später zur Oder vorgestoßen war und bei Reichwein einen Brückenkopf über die Oder errichtet hatte, von dem aus der Sturm auf die Reichshauptstadt erfolgen sollte, hatte sich die militärische Lage grundlegend gewandelt. Die Niederlage Hitlerdeutschlands war in greifbare Nähe gerückt.

---

<sup>5</sup> Deren Leistungen können hier nicht annähernd gewürdigt werden: sie reichten vom Einsatz bei der Verteidigung Moskaus und Leningrads, über den Aufbau neuer Werke und die Ausstattung der Roten Armee mit den benötigten Waffen, besonders den T 34- Panzern bis zum zunehmend erfolgreichen Partisanenkrieg,

Die Siege der Roten Armee und der Einsatz der Sowjetvölker wurden weltweit gefeiert.

Bei dem zunehmenden Zusammenwirken der Alliierten trat - auch für die internationale Öffentlichkeit – der Aspekt der Rivalität immer mehr hervor:

Wer leistete mehr für den Sieg über Hitlerdeutschland?

Was zählen die Bombenangriffe auf deutsche Städte und Betriebe? Was bewirken sie faktisch und was psychologisch?<sup>6</sup>

Was leisteten die USA durch ihre Schiffstransporte von Mensch und Material in den Geleitzügen, die den U-Bootkrieg auslösten?

Was zählen diese Materiallieferungen, so der USA als „lend and lease“, gegen den Blutzoll der Rotarmisten und der Sowjetmenschen?

Vor allem aber trat immer mehr in den Vordergrund:

***Wer wird zuerst in Berlin sein und die Reichshauptstadt einnehmen?***

Denn wer Berlin erobert, wird ganz sicher etwas zu sagen haben, wenn es um das Nachkriegsdeutschland geht!

Je deutlicher sich diese Frage als reale Perspektive abzeichnete, desto mehr hatte sie Einfluss auf das militärische und militärpolitische Handeln der Streitkräfte der Alliierten.

Jetzt musste wirklich eine „Zweite Front“ geschaffen werden!

Sie wurde von den westlichen Alliierten für 1943 geplant,

Aber erst am 6. Juni 1944 wurde endlich die militärisch ein Glanzleistung darstellende Landung in der Normandie Wirklichkeit. Sie kam sehr spät. Denn „jeder Kriegstag bedeutete für die Rote Armee ungeheure Blutopfer.“<sup>7</sup>

War die späte Errichtung der zweiten Front – im Sinne Churchills Bekenntnis - womöglich auch Absicht?

Dass die Sowjetunion aus diesem Krieg mit enormen Blutopfern wirtschaftlich massiv geschwächt und auch militärisch angeschlagen herauskommen würde, lag auf der Hand. Dass die USA mit ihrer durch den Krieg riesig ausgebauten gewinnträchtigen Rüstungsindustrie nicht nur ökonomisch gewaltig gestärkt sein würde, sondern nicht zuletzt durch die legale Möglichkeit, in einem anderen Erdteil, und zwar in Europa eine Riesenmilitärmacht platzieren zu können, eröffnete ihr die Aussicht, als Weltmacht an die erste Stelle rücken zu können. Wozu sich unnötig verausgaben?

---

<sup>6</sup> Die wohl besonders in England verbreitete Hoffnung, die Deutschen würden sich aufgrund der Bombenangriffe gegen die eigentlichen Verursacher dieser, gegen das Hitlerregime, wenden, erwies sich als ein Irrglaube und Trugschluss

<sup>7</sup> So der Kommunist, Jude und sowjetischer Garde-Oberleutnant Moritz Mebel in seinem Zeitzeugenbericht zum 65. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus.

Die „Zweite Front“ konnte jedenfalls nach den Siegen der Roten Armee nur in Grenzen noch kriegsentscheidend werden – zumal die Wehrmacht – abgesehen von der Ardennenoffensive – den Truppen der westlichen Alliierten nur wenig Widerstand entgegensetzte.

Ich hielt es für geboten, beim Zustandekommen des Potsdamer Abkommens den Verlauf des „Zweiten Weltkrieges“<sup>8</sup> in Erinnerung zu bringen. Selten war der Einfluss eines solchen Vorgangs so maßgeblich für die politische Entscheidung von Regierungen.

### ***Zum Inhalt des Abkommens***

Das Potsdamer Abkommen war – was oft übersehen wird - ausdrücklich auf die Durchführung der Krimkonferenz in Jalta gerichtet. Daher muss man das Potsdamer Abkommen stets mit der Erklärung von Jalta mitlesen.<sup>9</sup>

Deutschlands Schicksal nahm den größten Teil des Abkommens (III) ein. Wie schon in Jalta erklärt, war es nicht Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten und es wird hervorgehoben, dass es anfängt, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die in seinem Namen begangen wurden. Vor allem musste definitiv verhindert werden, dass von Deutschland aus ein neuer Weltbrand ausgelöst würde.

Aber es sollte ihm eine Perspektive in einem einheitlichen demokratischen antifaschistischen friedliebenden Staat eröffnet werden. Dazu musste es zunächst davon überzeugt werden, dass „es eine totale militärische Niederlage erlitt“, und dass es sich nicht der Verantwortung für in seinem Namen begangenen Verbrechen entziehen kann.

Daraus folgt nicht nur das Erfordernis der Abrüstung und Entmilitarisierung,<sup>10</sup> sondern auch der Entnazifizierung, der totalen Beseitigung des deutschen

---

<sup>8</sup> Zu den militärischen Aspekten siehe Manfred Volland: 65. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus – Dank Euch Ihr Sowjetsoldaten“ in Isor aktuell; Nr. 5 /2010. S. 1.

<sup>9</sup> So entsprach die Einrichtung eines Rates der Außenminister der Alliierten den Vereinbarungen von Jalta.

<sup>10</sup> Die Wiederaufrüstung Westdeutschlands bzw. der BRD ist angesichts dessen ein Anschlag auf das Zentrum des Potsdamer Abkommens.

Faschismus, durch Beseitigung aller nazistischen Gesetze<sup>11</sup>, einer von nazistischen Ideen befreiten Demokratisierung des Erziehungs- und Gerichtswesen<sup>12</sup> wie der Verwaltung und überhaupt der Demokratisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens.

Die Alliierten hatten damit die Überwindung des Faschismus in Deutschland festgeschrieben, der sich unwiderlegbar in den Köpfen der meisten Deutschen, in dieser oder jener Weise, festgesetzt hatte und nur durch besondere andauernde Aktivität zu überwinden war – sie hatten den Deutschen Antifaschismus „verordnet“

Angesichts der im Namen des deutschen Volkes begangenen Verbrechen, die 40 Millionen Tote einschließen, stand die Verfolgung und Bestrafung der Kriegsverbrecher und die Auferlegung von Reparationen im Mittelpunkt des Abkommens: Unter IV und VII finden sich dazu besondere Festlegungen. Sie knüpfen an die „Moskauer Erklärung über die Verantwortlichkeit der Hitleranhänger für begangene Greuelthaten“ vom 30. Oktober 1943 an, in der die Repräsentanten der drei Alliierten Mächte feierlich versichern, die Schuldigen „bis an das äußerste Ende der Welt (zu) verfolgen“, „damit ihnen Gerechtigkeit geschehe.“<sup>13</sup>

Auch zur „Ordnungsgemäßen Überführung deutscher Bevölkerungsteile“, die „in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind“ in das verbliebene Deutschland wurden unter XIII Festlegungen getroffen.<sup>14</sup>

In einem besonderen Abschnitt (III B) wurden „Wirtschaftliche Grundsätze“ für die Besatzungszeit festgelegt, vor allem: „Deutschland ist als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten.“

Weiterhin ist herauszustellen, dass dieses Abkommen nicht nur das besiegte Hitlerdeutschland betraf. Im Sinne von Jalta waren auch andere sich aus der Niederwerfung und der bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands

---

<sup>11</sup> Siehe dazu Erich Buchholz, Strafrecht im Osten, Ein Abriss über die Geschichte des Strafrechts in der DDR. Kai Homilius-Verlag, Berlin 2008, S. 17

<sup>12</sup> Siehe ebda, S. 47 ff

<sup>13</sup> Hierzu gehört dann das Londoner Viermächte-Abkommen über die Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher der europäischen Achse“ vom 8. August 1945, das die Rechtsgrundlage für den Nürnberger Prozess abgab, - also in zeitlichem und sachlichem Zusammenhang zum Potsdamer Abkommen.

<sup>14</sup> An dieser Stelle ist nachdrücklich darauf hinzuweisen, dass die „Flucht“ der Deutschen aus den Ostgebieten durch die Nazibehörden befohlen und veranlasst wurde: Deutsches Blut sollte nicht den „Untermenschen“ überlassen bleiben.

ergebende Fragen zu regeln: die Zukunft Polens<sup>15</sup> (IX). des Königsberger Gebietes (VI), der Abschluss von Friedensverträgen und die Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen (X).

Näheres zum Inhalt des Abkommens muss hier nicht dargestellt werden: es ist nachlesbar.

### *Schicksal*

Bedeutsamer ist es, einige Aspekte des Schicksals des Abkommens zu betrachten:

Dabei muss daran erinnert werden, dass dieses Abkommen, wie schon zuvor die Erklärungen von Jalta und Teheran, diametral gegensätzlich politische Kräfte nur deshalb an einen Tisch zu bringen vermochte, weil der Kriegsverlauf und Forderungen der Öffentlichkeit sie dazu zwangen.

Mit der Niederlage Hitlerdeutschlands und seinem Ende war dieser – äußere – Zwang entfallen!

Gesetzmäßig traten die vor allem durch Antikommunismus und Antisowjetismus der Westmächte charakterisierten Gegensätze wieder hervor. Sie bestimmten zunehmend deren Politik gegenüber der Sowjetunion und dem besiegten und besetzten Deutschland und damit maßgeblich das Schicksal des Abkommens.

Zwar wurden von den vier Militärregierungen in ihren Besatzungszonen in einer Anfangsperiode noch gemeinsame und weitgehend übereinstimmende Entscheidungen getroffen.

Das betraf vornehmlich Aktivitäten zur Strafverfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechern. Dazu gehört die Durchführung des Nürnberger Prozesses, der Erlass spezifischer Kontrollratsgesetze, wie dem KG 10 und der Kontrollratsdirektive Nr. 38<sup>16</sup>, wie auch die von Besatzungsmächten selbst durchgeführten Strafverfahren, so die des Amerikanischen Militärgerichtshofes, wie auch die Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes der britischen Besatzungszone.<sup>17</sup>

---

<sup>15</sup> Polen hatte durch seine Provisorische Regierung der Nationalen Einheit in Jalta seine Auffassungen vorgetragen, auf die sich das Potsdamer Abkommen bezieht. Dazu gehört auch die Westgrenze Polens.

<sup>16</sup> Siehe auch E. Buchholz, Strafrecht im Osten, aaO, S. 95

<sup>17</sup> Ebda S. 215 ff



Auf anderen Gebieten traten demgegenüber die Unterschiede und Gegensätze hervor. War auch bei den Westmächten eine Bodenreform und z. T. auch eine Enteignung (zumindest Sequestrierung) von Vermögenswerten von Nazi- und Kriegsverbrechern in Betracht gezogen worden, so wurden diese nach dem Potsdamer Abkommen unerlässlichen Maßnahmen nur unter der sowjetischen Besatzungsmacht in ihrer Besatzungszone unverzüglich durchgeführt.<sup>18</sup>

Ausdruck der deutlicher werdenden Unterschiede der Besatzungspolitik war die Veränderung der personellen Zusammensetzung der Angehörigen der Besatzungstruppen: waren zunächst unter diesen, so besonders auch unter denen der französischen Besatzungsmacht, ausgewiesene Antifaschisten, auch Kommunisten, so traten in der Folgezeit zunehmend „Wirtschaftsexperten in Uniform“ in Erscheinung, die vor allem wirtschaftliche Interessen „ihrer“ Auftraggeber verfolgten.<sup>19</sup>

Fundamental torpediert wurde das Potsdamer Abkommen durch die von den Westmächten entgegen den klaren Festlegungen dieses Abkommens, Deutschland während der Besatzungszeit als wirtschaftliche Einheit zu behandeln, betriebene Spaltung Deutschlands.

So wie der Kriegsverlauf das Zustandekommen der Konferenzen in Teheran, Jalta und Potsdam bewirkte, so hatte das politische Geschehen der Nachkriegszeit bedeutende Auswirkungen auf das Schicksal des Potsdamer Abkommens.

Nicht zuletzt wegen der unübersehbaren militärischen Erfolge der Roten Armee und der großen Leistungen der Völker der UdSSR hatte die Sowjetunion und Stalin persönlich großes internationales Ansehen erworben. Die Idee des

---

<sup>18</sup> In der durch Volksentscheid am 11.12.1946 angenommenen Verfassung des Landes Hessen war im Art. 41 die Überführung der Schwerindustrie in Gemeineigentum vorgesehen, aber die britische Besatzungsmacht stornierte diesen Artikel.

<sup>19</sup> Zu diesen Vorgängen rechne ich auch solche, dass US-amerikanische Truppen, die zunächst im Kriegsverlauf Gebiete besetzt hatten, die gemäß Jalta zur sowjetischen Besatzungszone gehören, – um die Wirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone zu schwächen - Wirtschaftsgüter, vor allem Patente und wissenschaftlich—technisch Unterlagen, wie auch hoch qualifiziertes wissenschaftlich-technisches Personal, so von den Zeißwerken in Jena, bei ihrem planmäßigen Abzug in ihre Besatzungszone mitgenommen hatten.

Sozialismus gewann zunehmend weltweit an Boden und mobilisierte die Unterdrückten allüberall, auch in den Kolonien.

In Europa hatte die Rote Armee viele Völker Osteuropas befreit und den Osten Deutschlands besetzt, wo deutsche Antifaschisten daran gingen, eine konsequent antifaschistische friedliebende demokratische Ordnung aufzubauen. Auch in Italien und Frankreich hatten die antifaschistischen, demokratischen Kräfte einen beispiellosen Aufschwung erreichen können. Über eine Volksfront strebten sie auch dort wirkliche Demokratien, Volksdemokratien an.

Diese weltweite demokratische antiimperialistische Entwicklung war für die nach Roosevelts Tode neue reaktionäre USA-Administration unter Truman eine „lebensgefährliche“ Bedrohung.

Hatten die USA im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs mit verhältnismäßig geringem Blutvergießen ihre Weltmachtposition ganz erheblich ausbauen können, so mussten sie sich eingestehen, dass im Ergebnis des Sieges der Roten Armee über den Hitler-Faschismus dort nicht nur eine starke zweite - sozialistische - Weltmacht erstanden, sondern auch politisch der Einfluss des Sozialismus in der ganzen Welt erheblich gewachsen war.

Kündigte sich damit womöglich das Ende des Imperialismus an?

Weiterhin war abzusehen, dass mit der Verwirklichung des für eine Übergangs-, für die Besatzungszeit vereinbarte Potsdamer Abkommens (in Gestalt eines friedliebenden demokratischen antifaschistischen einheitlichen Deutschland) den US-amerikanischen Truppen der Rechtsgrund ihrer Anwesenheit in Deutschland - und damit in Europa – verloren gehen würde: Man hätte die Truppen, die mit Mühe und Kosten über den „großen Teich“ nach Europa gebracht worden waren, wieder zurückziehen müssen. Das durfte nicht sein!

Aus Sicht der USA musste unverzüglich gehandelt werden!

Mit dem Abwurf der ersten Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki<sup>20</sup>, der „eigentlich“ nicht gegen Japan gerichtet<sup>21</sup> war, wurde der kalte Krieg eingeläutet. Eigentlicher Adressat dieses Atombombenabwurfs war die

---

<sup>20</sup> Da ich beide Städte habe persönlich aufsuchen und mit Bewohnern habe sprechen können, hat auch dieses Geschehen für mich eine ganz persönliche tief beeindruckende Bedeutung.

<sup>21</sup> Zur endgültigen militärischen Niederschlagung des japanischen Militarismus bedurfte es des Abwurfs dieser unmenschlichen, völkermörderischen Waffe wahrlich nicht: Dank der militärischen Erfolge Chinas und des Eintritts der

Sowjetunion – Stalin persönlich, wie Truman es ihm am Rande der Konferenz in Cecilienhof beibrachte.

Um von vornherein ein sozialistisches oder gar kommunistisches Europa zu verhindern, brauchte es eines „Grundes“ für fortdauernde Anwesenheit US - amerikanischer Truppen in Europa. Weiter benötigte man sie für die anvisierte<sup>22</sup> militärische Auseinandersetzung mit der Sowjetunion. Vor allem benötigte man das militärische Potenzial der Deutschen, das durch seine Einbeziehung in die gegen die Sowjetunion gerichtete Militärallianz, die NATO, strategisch erfolgen sollte und dann auch erfolgte. Solange das besiegte Deutschland von den Alliierten gemeinsam verwaltet wurde, war eine solche Planung unreal.

Die erste Voraussetzung für die Durchführung der Pläne der USA-Imperialisten war daher die Spaltung Deutschlands und damit die faktische Liquidierung des Potsdamer Abkommens.

Begonnen wurde die Spaltung Deutschlands mit einer insgeheim langfristig, bereits im November 1947 komplett vorbereiteten separaten Währungsreform vom Sommer 1948.<sup>23</sup>

Das war die währungspolitische ökonomische Spaltung Deutschlands. Es war **die** Spaltung<sup>24</sup> Deutschlands.

Um das militärische Potenzial der Deutschen gegen die Sowjetunion zur Geltung bringen<sup>25</sup> brauchte man einen eigenständigen westdeutschen Staat!<sup>26</sup>

Sowjetunion in den Krieg gegen das bereits sehr geschwächte Japan stand dessen Niederlage unmittelbar bevor. Japaner – Asiaten! – wurden zu „Versuchskaninchen“ des Einsatzes dieser Waffe missbraucht.

<sup>22</sup> Solche lag, woran ich mich gut erinnere, Ende 1947 und 1948 „in der Luft“.

<sup>23</sup> Zuvor war bereits im September 1947 auf der Pariser Konferenz – also ein Vierteljahr vor dieser „Währungsreform“ - als maßgeblicher Schritt zur Spaltung Deutschlands die einseitige Einbeziehung der - inzwischen als eigenständige wirtschaftliche Verwaltungseinheit errichteten - (westdeutschen) Bi-Zone in die „Marshallplanhilfe“, mit Kapital aus den USA mit der Folge entsprechender Abhängigkeit, verabredet worden.

<sup>24</sup> Ganz so, wie per 1. Juli 1990, mit der Beseitigung der Währungshoheit der DDR, die Einheit herbeigeführt wurde.

<sup>25</sup> Die ideologische Bereitschaft zu einer Revanche war – wie gut bekannt - bei den Nazis und den Kommandeuren der Hitler-Armee vorhanden.

<sup>26</sup> Für dieses Unternehmen hatte die USA-Administration in Adenauer einen geeigneten Unterstützter.

Üblicherweise schafft sich ein Staat, wenn notwendig, eine Armee:

In Westdeutschland lief es genau andersherum ab:

Um eine westdeutsche, in die NATO einzugliedernde Armee aufzubauen, bedurfte es zuvor eines westdeutschen Staates. Dessen Staatsgründung war somit das Vehikel für den Aufbau der westdeutschen Armee im Rahmen der NATO.<sup>27</sup>

Unmittelbar nach der separaten Währungsreform ordneten deshalb die Militärgouverneure der drei westlichen Besatzungsmächte am 1. Juli 1948 im „Frankfurter Dokument I“ an, bis zum 1. September 1948 – also innerhalb von zwei Monaten! – für Westdeutschland einen (demokratisch aussehenden) Verfassungskonvent einzuberufen, der eine Verfassung für Westdeutschland ausarbeiten und verabschieden sollte.<sup>28</sup>

Den Westdeutschen wurde schließlich am 23. Mai 1949 – ohne ihre demokratische Beteiligung – das Grundgesetz vorgesetzt.<sup>29</sup>

Das Haupthindernis für die Einbeziehung Westdeutschlands in die NATO waren die antifaschistischen Kräfte, voran die Kommunisten, und andere Demokraten, Sozialisten, friedliebende Bürger, die über die spalterischen Pläne Adenauers in Sorge waren und aktiv gegen die Einbeziehung Westdeutschlands in die NATO sowie gegen die Aufrüstung und die Gefahr eines Bürgerkrieges auftraten.

Mit allen dem gerade erst erstandenen westdeutschen Staat zur Verfügung stehenden polizeilichen und juristischen Mitteln wurde gegen diese

<sup>27</sup> „Dieses Kind des kalten Krieges“ – schreibt Helmut Ridder – „war zum Frontsoldaten ausersehen, sonst hätte es das Licht der Welt nicht erblickt.“ Helmut Ridder, „Die Souveränität der BRD und ihre Position in der westlichen Allianz“, Blätter für deutsche und internationale Politik (Köln) 1982/8, S. 920 ff, hier S. 928

<sup>28</sup> Adenauer unterließ diesen Befehl, indem er anstelle einer durch einen Verfassungskonvent anzunehmenden westdeutschen Verfassung durch Experten, weitab vom Volk auf einer Insel im Chiemsee, ein „Grundgesetz“ (GG) ausarbeiten und dieses durch einen von ihm installierten „Parlamentarischen Rat“ am 23. Mai 1949 sanktionieren und verkünden ließ.

<sup>29</sup> Dann wurden - unmittelbar nach der Sommerpause als viele Westdeutschen die neuen Möglichkeiten in ihrem Urlaub genutzt hatten - die Bundestagswahlen durchgeführt und mit dem Zusammentritt des Bundestages am 7.9.1949 der westdeutsche Staat etabliert. Bemerkenswerterweise hatte dieser Staat niemals einen Staatsfeiertag!

demokratischen friedliebenden Kräfte vorgegangen, mit einer beispiellosen Verfolgung dieser, die buchstäblich in vielem an die der Nazis erinnerte.<sup>30</sup>

Was lehrt uns das Zustandekommen des Potsdamer Abkommens und sein Schicksal?

Reaktionären kriegslüsternden – imperialistischen – Kräften kann in den Arm gefallen und sie können an den Verhandlungstisch gebracht werden, wenn die Völker sich genügend mächtig zusammenschließen und ihre gemeinsame, auch militärische Stärke genügend nachhaltig und konsequent zur Geltung bringen.

Wenn sich aber die friedliebenden Menschen und die Völker dieser Erde durch jene imperialistischen Kräfte auseinanderdividieren und gegeneinander aufbringen lassen, rettet sie kein noch so gutes juristisch ausgefeiltes

---

<sup>30</sup> Das kann und muss hier nicht im Einzelnen dargelegt werden. Es gibt hinreichend Literatur dazu. Siehe u. a. E. Buchholz, Strafrecht im Ost, aaO, S. 213. und „Staat ohne Recht. Des Bonner Staates strafrechtliche Sonderjustiz“, unter Redaktion von Gerats, Kühlig und Pfannenschwarz; VEB Deutscher Zentralverlag Berlin 1959. - Hier nur soviel: Ein aller Eile wurde ein Extra-Strafgesetz nur für diesen Zweck geschaffen. Das dann als „Blitzgesetz“ bekannt wurde. Hunderttausende wurden – auch mit Berufsverboten – verfolgt, zehntausende wurden eingesperrt. Schließlich wurde die Kommunistische Partei Deutschlands in einem verfassungsrechtlich höchst bedenklichen Verfahren durch das BVerfG verboten. Auch wenn all dies zum Schein in rechtstaatlichen Formen ablief, war es der Sache nach die Wiederholung der Verfolgung der Kommunisten und anderer Antifaschisten durch die Nazis. Der geistige Vater dieses Blitzgesetzes war nicht zufällig ein Jurist aus dem nazistischen Justizministerium: Dr. Josef Schafheutle, Spezialist für „Hochverrats-Paragrafen“. Diese Strafverfolgung war dermaßen undemokratisch und rechtsstaatlich bedenklich, dass der Zweite Senat des BVerfG am 21. März 1961 den zentralen § 90 a StGB für nichtig erklären musste, nachdem die Verfolgungen nach dieser Vorschrift über Jahre erfolgt waren. Auch hatte man Jahre später stillschweigend dieses unerträgliche Blitzgesetz durch andere Strafbestimmungen abgelöst. Wegen des schlechten Gewissens duldete man auch eine Neugründung in Gestalt der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und man tolerierte vielfältige Bestrebungen, die eine Rehabilitierung der unschuldig Bestraften und Verfolgten forderte. Mit dem makabren Wort, solches sei im Bundestag „politisch nicht machbar“ wurden von vielen Seiten unternommene Bestrebungen einer Rehabilitierung zunichte gemacht. Dieses dunkelste Kapitel der Geschichte der BRD ist nach wie vor ein Tabu.

Abkommen, kein Gesetz davor, wieder mit ihrem Blut die Zeche zahlen zu müssen.